

**Zeitschrift:** Der neue schweizerische Republikaner  
**Herausgeber:** Escher; Usteri  
**Band:** 2 (1800)

**Artikel:** Bericht der Finanzcommission über die Feodalrechte, Zehnden, und Bodenzinse, dem gesetzgebenden Rath vorgetragen am 1. Sept.  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-542767>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der neue Schweizerische Republikaner.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Mittwoch, den 3 Sept. 1800.

Zwentes Quartal.

Den 16 Fructidor VIII.

## Gesetzgebender Rath.

Bericht der Finanzcommission über die  
Feodalrechte, Zehnden, und Bodenzinse,  
dem gesetzgebenden Rath  
vorgetragen am 1. Sept.

B. G.! Unterm 22. Aug. erhielt Eure Finanzcom-  
mission den Auftrag, die Gesetze, Decrete, und Be-  
schlüsse der vorigen Gesetzgebung, über Abschaffung und  
Loßkauf von Feodalrechten, Zehnden und Grundzinsen,  
in Revision zu nehmen, und Euch darüber ihr unmaß-  
gebliches Gutachten vorzulegen.

Diesen Auftrag in möglichst schnelle Erfüllung zu  
setzen, hat Eure Commission einem Gegenstand von un-  
gemeiner Wichtigkeit, im Lauf der vergangenen Woche,  
mehrere Sitzungen gewidmet, und legt Euch heute  
das Resultat ihrer bisherigen Berathung mit derjeni-  
gen Kürze vor, welche Euer eigenes, schon längst  
hierüber geübtes Denken ihr erlaubt, und die höchste  
Dringlichkeit der Sache ihr vollends zur Pflicht macht.

Als am 4. May 1798 der große Rath unter dem  
allgemeinen Freudenruf: es lebe die helvetische Republik!  
alle persönlichen Feodalrechte, im buchstäblichen Sinn,  
mit einem Federzug aufhob, ohne weder vor noch seit-  
her jemals zu bestimmen, was, von so vielen ural-  
ten Staats- und Privatgefallen dann eigentlich un-  
ter jener allgemeinen Benennung verstanden oder be-  
griffen seyn sollte, und der Senat diesen Beschluß noch  
an demselben Tage bestätigte, überließ sich von da  
an, alles unbefangene Ein- und Ausland den gerech-  
testen Besorgnissen über die unabsehbaren traurigen Fol-  
gen einer so wenig gemessenen Eile.

Noch schöpfte man indessen einige Hoffnung zur Rück-  
kehr, als, wenige Wochen nachher, auf eine Botschaft  
der vollziehenden Gewalt hin beschlossen ward: daß

solche persönliche Feodalrechte, welche in spätern Zei-  
gen durch dingliche ersetzt worden, auf gleiche Weise  
angesehen seyn sollten, wie das Gesetz seiner Zeit über  
die letztern verfügen würde; und dieser Beschluß zumal  
auf den 48. §. der neuen helvetischen Staatsverfassung  
gebaut wurde, welcher heiter sagt: daß die neuern Ge-  
setze in keinem Fall eine rückwirkende Kraft auf frü-  
here Verträge haben sollten.

Allein, jene Hoffnung war von kurzer Dauer und  
verschwand von da an, auf immer: als unterm 6ten  
Juni (so wie es kurz vorher in Absicht auf den Heu-  
zehnden geschah) nun vollends in Ansehung der Zehn-  
den überhaupt ein Decret ergieng: Kraft dessen alle  
diejenigen, welche bisdahin dergleichen Gefälle zu stel-  
len gehabt, ihre sämtlichen Früchte ganz einsammeln,  
und das Gesetz erwarten sollten, das über die Zehn-  
den bald möglichst abzufassen seyn würde.

Wie sehr übrigens eine solche provisorische Einstel-  
lung der Zehnden-Entrichtung für das J. 1798, als  
der erste Todesstreich eines so bedeutenden Zweigs des  
Staats- und Privatvermögens, von der damaligen  
Gesetzgebung selbst angesehen wurde, beweist wohl am  
besten ein bald nachher emanirtes Gesetz vom 22. Aug.,  
welches in seinen Erwägungsgründen unverholen einge-  
steht: daß vornämlich auch im Folge jenes Gesetzes vom  
6. Juni, die Quellen der Einkünfte der Religionssdiener  
in Helvetien, wo nicht gänzlich verschwunden seyn, doch  
beträchtlich vermindert worden, und daher feyerlich den  
Grundsatz annimmt, daß dieselben nicht hierunter lei-  
den sollten.

B. G.! Welchem von so viel redlichen Männer,  
unter denjenigen selbst, die damals ein solches Ver-  
sprechen gethan, muß nicht auf die heutige Stunde  
ein edles Erröthen darüber, zur größten Ehre gereichen?

Ach! aber in jenen Tagen, auf deren mannigfalt-



tiges Unglück und Mißgeschick, auch der entschlossenste Anhänger der guten Sache nicht ohne innige Betrübniß zurücksieht, war es an all diesem noch bey weitem nicht genug, und das Gesetz vom 10. Nov. mußte ein Werk vollenden, das seine Vorläufer so unselig begonnen hatten.

B. G.! Es wäre wohl unnöthig, Ihnen (nach allem, was hierüber theils schon in den Versammlungen unserer Vorgänger, theils in unsren eigenen, theils früher und später, außer unserer Mitte, von den rechtschaffensten und einsichtigsten Beurtheilern gesprochen und geschrieben worden) die in jeder Rücksicht so höchst verwerflichen Dispositive dieses eigentlich revolutionären Nachwerks ohne seines gleichen, hier weiltäufig zu zergliedern. Noch werden wir unten in den Erwägungsgründen, aus denen wir uns für verpflichtet halten, Ihnen vor allem aus, seine gänzliche Rücknahme anzutragen, dasselbe mit wenigen allgemeinen Zügen, ohne Uebertreibung, aber doch mit den wahren Farben seiner Natur zu schildern trachten.

Hier begnügen wir uns zu bemerken: Wie (alles schreyenden Unrechtes nur nicht zu gedenken, das dadurch unmittelbar den bisherigen Eigenthümern der Zehnd- und Grundzinsgefälle, mittelbar aber so vielen tausend unser Mitbürger zugefügt wurde) schon von dem ersten Tag an, und von da bis auf heute — bald möchten wir sagen, glücklicherweise — sich eine Schwierigkeit nach der andern zeigte, dasselbe jemals in Erfüllung zu setzen —; was doch, wir wollen es gerne glauben, selbst seine entschiedenen Beförderer nicht mehr beabsichtigen mochten.

Swar dauerte es über ein volles Jahr, als unterm 10. Dec. 1799, endlich in Absicht der Zehnden, das öffentliche Geständniß dessen herauskam, wovon freilich unleidenschaftliche Gemüther sich von dem ersten Tag an, für überzeugt hielten: „daß es unmöglich sey, diejenigen Verbindlichkeiten von Seite des Staats zu erfüllen, welche demselben gegen die Partikular-Eigenthümer jener Gefälle, bey der Loskaufungs-erklärung aufgelegt worden, wenn nicht auf der andern Seite, die den Zehndpflichtigen aufgelegten Schuldigkeiten vollzogen würden.“ Und eben so rührte sich die Stimme des Gewissens durch die gleich folgende Erwägung: „daß aber, ohne diese letztere Nachterfüllung, die Armenanstalten des größten Theils ihres notwendigen Unterhalts beraubt würden; die Schulanstalten zurück bleiben, oder doch nicht in demjenigen Grade befördert werden könnten; und endlich

„die Religionsdiener in Helvetien jener feyerlichen Zusage vom 22. August 98 schnurstraks zuwider, der Gefahr ausgesetzt wären, die nothwendigsten Bedürfnisse entbehren und ihren Gemeinden zur Last fallen zu müssen.“ Allein, was uns minder rühmlich, als jenes offene Geständniß scheinen muß, ist wohl dieses: daß, bey der nemlichen Gelegenheit, die Schuld alles dessen noch bey weitem nicht auf die wahre Quelle des schon damaligen und allen folgenden Unglücks, wir meinen auf Rechnung des Gesetzes selber, sondern einzig auf den Verschub seiner — unmöglichen Vollziehung gesetzt, das damalige Direktorium indirect für jede weitere Verzögerung verantwortlich gemacht und dasselbe kurzweg aufgefodert wurde, die Verfügungen vom 10. Nov. 98, in Betreff des Zehndloskaufs, in schleunige Vollstreckung zu setzen.

Eben so in Ansehung der Grundzins sahen die gesetzgebenden Räthe in den nemlichen Tagen (13. Dec. 1799) sich genöthigt, eines der Hauptdispositive des Gesetzes von 1798 (welches dem Staat die Verpflichtung aufbürdet, die Loskaufsumme dieser Art Gefälle von dem Schuldner zu beziehen, und an dessen Statt den Gläubiger zu entschädigen), gänzlich zurückzunehmen, und jene Verpflichtung unmittelbar zurück auf die Debitoren zu legen.

Besser ward an eben diesem Tage für Staat und Partikulare dadurch gesorgt: daß wenigstens die ungesäumteste Bestreitung der beyden mit 1. Jan. 98 und 1800 verfallenen Jahreszins, von den sogenannten Grundzins und Loskaufcapitalien, der ausübenden Gewalt aufgetragen, und dieser Bezug seither auch wirklich in Vollziehung gesetzt wurde; mit welchem dürftigen Erfolg aber (des dabey angenommenen, noch unter die Hälfte des damaligen Werths der Früchte gestellten Geldcanons ungeachtet), ist einem jeden bekannt.

Allein, an irgend eine Rücknahme der, auch in Absicht auf diese Gefälle, so höchst fehlerhaften Gesetzesdispositive, dachte wohl mancher Redliche und Verständige unter allem Volk überhaupt, und in den gesetzgebenden Räthen insbesondere; aber auf dieselbe wirklich anzutragen, wagte es, unter diesen letzteren, bey der damaligen Stimmung der Gemüther, noch Niemand. —

Erst, als kurz hernach das Vollziehungs-Direktorium zu zweyen Malen (unterm 17. Dec. 99, und 13. Jenner 1800) die wesentliche Ausführung des Hauptgesetzes vom 10. Nov. 98 sowohl, als einiger



neuen Bestimmungen desselben vom 13. Dec. 99 für so gut als unmöglich erklärte, giengen manchem bis her noch so leidenschaftlich dafür Eingenommenen die Augen — aber — laßt es uns unverholen gestehen — noch bey weitem nicht die Herzen auf.

Was dann endlich in noch neuern Tagen, und bis allernächst an die heutigen — bey einer solchen, zwischen fürdaurenden Verblendungen von Wenigen, und der vollzähligen Erkennung des verübten Unrechts von Seite weit Mehrerer, immer hin und her schwankenden Lage der Gemüther, in diesen Dingen geschehen und nicht geschehen, versucht und zurückgewiesen worden, ist bey Ihnen B. G. in allzu lebhaftem Angedenken, als daß wir, durch hier ganz überflüssige Herabzählung desselben, von Ihrer — nicht der Rüge früherer Mißgriffe, wohl aber einer entschlossenen Zurücknahme und gewissenhaften Vergütung derselben gewidmeten Zeit auch nur einen unnöthigen Augenblick rauben sollten.

In diesen Gesinnungen tragen wir Ihnen heute einige Hauptgrundsätze an, von deren Annahme, Beschränkung oder Verwerfung es lediglich abhängen wird: ob und in welchem Geiste es uns vergönnt seyn soll, unsre Rathschläge über den von Ihnen erhaltenen wichtigen Auftrag unverweilt fortzusetzen. Diese Grundsätze müßten, nach unserm ganz unmaßgeblichen Befinden, unverzüglich als Gesetz erscheinen, und nebst ihren erforderlichen Erwägungsgründen also lauten:

#### Der gesetzgebende Rath

In Erwägung, daß durch eine Reihe von Gesetzen, Dekreten und Beschlüssen, welche wegen Abschaffung und Loskauf der sogenannten Feodallasten, Zehnden und Grundzinse in den Jahren 1798, 99 und 1800 ergangen, die gemeinsten Begriffe von Recht und Pflicht unter über sich gefehrt worden, deren getreue Befolgung das helvetische Volk sich jederzeit zur Ehre zählte.

In Erwägung, daß durch eben diese Gesetze, besonders aber durch dasjenige vom 10. Nov. 1798, welches namentlich alle Zehnden und Grundzinse, theils gegen eine ihrem wahren Werth ganz unangemessene Entschädigung, theils vollends unentgeltlich für aufgehoben erklärt, dem Staat die sicherste und ergiebigste Quelle seiner Einnahme entzogen — eben so eine große Anzahl seiner Bürger an ihrem Eigenthum höchst empfindlich gekränkt — hauptsächlich aber alle der Religion, der Erziehung der Jugend, der Unterstützung und dem Trost der leidenden Menschheit

gewidmeten Anstalten, (welche seit Jahrhunderten die vorsichtigen und menschenfreundlichen Zwecke ihrer Stifter erfüllt und als die edelsten Denkmäler der Rationalwohlthätigkeit bisher immer unversehrt geblieben) dadurch ihrer gänzlichen Auflösung nahe geführt und dergestalt dem einzigen Helvetien die Schande, ein solches Zerstörungssystem ohne seines gleichen erzeugt zu haben, und das schreckliche Unglück, demselben unterzuliegen, zubereitet worden;

In Erwägung hienächst, daß ein großer Theil der obgenannten gesetzlichen Verfügungen, sogar auf einer wesentlichen Verletzung und willkürlichen Ausdehnung des dürrn Buchstabs und heitern Sinns derjenigen Staatsverfassung beruhen, unter deren Herrschaft sie erschienen sind; da nämlich der 13. Art. derselben, weit entfernt, unstreitige Schulden für Feodallasten und Abgaben zu erklären, und eben so wenig dieselben für einen Todtenpfenning dahin zu geben, lediglich den reinen Rechtsgrundsatz enthält: „daß des „freyen Helvetiens Grund und Boden, mit keiner „Last, Zins und Dienstbarkeit beschwert werden soll, „wovon man sich nicht loskaufen könne;“ der 9. Art. aber vollends, in Absicht auf das Privateigenthum überhaupt und also auch solcher Gefälle insbesondere, sich äußert: „daß der Staat darauf keinerlei „Recht habe, ausgenommen in dringenden Fällen, „wenn dasselbe zu allgemeinem Gebrauch unentbehrlich „sey, und auch alsdann nur gegen gerechte Entschädigung;“

In Erwägung ferner, daß die obenangeführten Gesetze und namentlich dasjenige vom 10. Nov. 1798, den Charakter von seiner gegenwärtigen gänzlichen Nichtigkeit schon deswegen an sich tragen: daß von allen ihren die Loskaufungsweise von Zehnden und Grundzinsen betreffenden Vorschriften bis auf diesen Tag keine einzige in wirkliche Vollziehung gerathen, alle darin von Seite des Staats den Eigenthümern gethanen Zusagen gänzlich unerfüllt geblieben, eine derselben bereits unterm 13. Dec. 99 zurückgenommen, seither aber — bald auf ungesäumte Ausführung eines Theils jener Beschlüsse auf Unkosten der übrigen, gedrungen — bald die ausübende Gewalt zu Vorschlägen neu zu ergreifender Maßregeln eingeladen und mit alle diesem selbst, der schwankende Wille und das unsichere Thun des Gesetzgebers über einen so wichtigen Gegenstand heiter an Tag gelegt wurde;

In Erwägung endlich, daß die feyerliche Erklärung der gegenwärtigen Gesetzgeber, auf den Pfaden der



Vernunft und der Gerechtigkeit zu wandeln, ihnen strenge gebiete, Maßregeln zurückzunehmen, die so ganz zerstörend und den Grundsätzen so höchst zuwiderlaufend sind, zu welchen er sich vor dem Angesicht von Helvetien und vor den Augen von ganz Europa bekennt hat — beschließt:

1. Das Gesetz vom 10. November 1798 über Abschaffung aller Feodallasten und Loskauf der Zehnden und Grundzinse, so wie alle andere vor und seither über den nämlichen Gegenstand ergangenen Gesetze, Dekrete und Beschlüsse sind durch gegenwärtiges Gesetz zurückgenommen.
2. Von dieser allgemeinen Verfügung sind einzig ausgenommen: das Gesetz vom 13. Dec. 1799 in wie fern solches die Entrichtungsart der beyden mit 1. Jenner 1799 und 1800 verfallenen Zinse der Loskaufcapitalien von Grundzinsen betrifft, und eben so dasjenige vom 20. Dec. 1799 über weitere Bezahlung der Primigen.
3. Alle diejenigen Feodrechte, welche ihrer Natur und Wesen nach unter die Classe der Personallasten gehören, sind und bleiben unentgeltlich abgeschafft.
4. Diejenigen Feodrechte, welche nicht in die Classe der in dem vorhergehenden Artikel benannten gehören, und eben so alle andern Realgefälle, namentlich aber die dem Staat sowohl als Communen, Körperschaften, Stiftungen und einzelnen Personen zuständige Zehnden und Grundzinse, sind und bleiben loskäuflich erklärt.
5. Die genaue Benennung aller dieser hiemit loskäuflich erklärten Rechten und Gefällen, so wie derselben Ablösungsart und Taxe, wird das Gesetz in der kürzest möglichen Frist bestimmen, und
6. Eben so dasjenige, was in Absicht auf die Zehnden und Grundzinsgefälle für das laufende Jahr 1800 nach Recht und Billigkeit zu verfügen seyn mag.

### Gesetzgebender Rath, 30. August.

(Fortsetzung.)

Folgendes Gutachten wird in Berathung genommen:

Der gesetzgebende Rath hat die Vorstache des ehedorigen Vollziehungsausschusses vom 24. Juli in reise Erwägung gezogen und gefunden, daß in den dermaligen Umständen und in verschiedenen politischen Rücksichten keine wesentlichen Veränderungen in dem Inhalt des Amnestiegesetzes vom 28. Febr. 1800 gesetzlich decretiert werden können.

In Erwägung aber, daß viele vor dem Amnestiegesetz Ausgewanderte theils von diesem Gesetz keine Kenntniß haben konnten oder in der Unmöglichkeit waren dasselbe zu benutzen, ertheilt der gesetzgebende Rath dem Vollziehungsrath die Vollmacht, nach Maßgabe der besondern in seiner Vorstache aufgestellten Umständen die Begnadigung anwendbar zu machen.

Das Gutachten wird verworfen und dagegen die Wirkung des Amnestiegesetzes nach dem Vorschlage der Vollziehung auf 3 Monate verlängert.

Der Vollz. Rath übersendet folgende Botschaft, die an die Finanzcommission gewiesen wird:

„Die Grenzbewohner der Grafschaft Neuenburg wünschen, daß ihnen gestattet werde, auf den nächsten 3 oder vier Wochenmärkten zu Erlach, das nöthige Saatkorn anzukaufen. Da die Erndte im District Seeland gut ausgefallen und folglich bey dem gewünschten Ankaufe keine Entblößung zu besorgen, wohl aber zu befürchten ist, daß ohne denselben zu bewilligen, wo nicht mehr, doch eben so viel Getreide durch Contrebande ausgeführt würde, indem es an aller Aufsicht fehlt: so wäre der Vollz. Rath um so mehr geneigt, dem Wunsche der Neuenburgischen Einwohner zu entsprechen, indem dadurch das nachbarliche Einverständnis immer mehr unterhalten und befestigt würden. Aus diesen Gründen glaubt der Vollz. Rath Sie B. G. einladen zu dürfen, zu Gunsten der Neuenburgischen Einwohner die Ausfuhr von 300 Centner Getreide zu bewilligen, so daß sie von denselben in den 3 oder 4 ersten Wochenmärkten zu Erlach angekauft werden können.

Huber erhält für 3 Tage Urlaub.

Am 31. Aug. war keine Sitzung.

### Gesetzgebender Rath, 1. September.

Präsident: Lüthy.

Das Gesetz über Verlängerung des Amnestietermins wird in folgender Abfassung angenommen:

Auf die Vorstache des Vollziehungsausschusses vom 24. Heumonath 1800, hat der gesetzgebende Rath —

In Erwägung, daß ein Theil der ausgewanderten Helvetier, welche fremde Dienste genommen haben, keine Kenntniß von dem Amnestiegesetz vom 28. Hornung 1800 haben konnte oder aber verhindert wurde, diese Wohlthat zu benutzen — verordnet:

(Die Forts. folgt.)